#### Lesen und dann weitergeben!



Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 54

April 1996

Bitte 1 DM

#### Heute mit



blatt-Magazin

#### Sachsendorf / Madlow

Jahres-Abo fürs Herzblatt: beim PDS-Stadtvorstand Breitscheid-Str. 11

Tel. 22 440

(12 Ausgaben 10 DM)

# Wichtiges nicht geregelt in diesem Fusionsvertrag



Das meinten Hunderte Cottbuser auf Veranstaltungen der PDS wie hier in Sandow: Der Fusionsvertrag in seiner jetzigen Form will Brandenburg unterbuttern. Wichtige Fragen wie Verteilung der Mittel, Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ausbau von Regional- und Kulturzentren im Lande, die künftige Verfassung, das Schulsystem sind nicht geregelt.

Ausführlicher Seiten 3 und 7

# Richtig entscheiden am 5. Mai

Die Volksabstimmung zum Neugliederungsvertrag Berlin/Brandenburg wird am 5. Mai stattfinden. Die Grundlage dafür schuf das Landesverfassungsgericht, das die Verfassungsklage der PDS nicht akzeptierte, wenn auch der Gerichtspräsident Verständnis für die Besorgnisse der PDS äußerte. Schon wenn 25 Prozent aller Wahlberechtigten Ja sagen (vorausgesetzt eine 50prozentige Wahlteilnahme), gilt der Vertrag als angenommen! Aber leider ist er in wesentlichen Punkten so mangelhaft, daß man ihn wirklich nicht akzeptieren kann. Wir sollten also hingehen zum Volksentscheid und dem vorliegenden Vertragstext eine Abfuhr erteilen. Wichtig ist die richtige Antwort auf die erste Frage des Stimmzettels! Nicht zur Abstimmung gehen nützt nichts, denn es läßt

sich kaum voraussehen, ob die Beteiligung dann wirklich so gering ist, daß das notwendige Quorum der Ja-Stimmen nicht erreicht wird.

Ein Nein zum Staatsvertrag könnte die Voraussetzung schaffen, den an sich vernünftigen Gedanken der Fusion mit vernünftigen Regelungen auszugestalten, die weder Brandenburger noch Berliner austricksen, die beiden gleichermaßen nützen. Das aber muß offen und lange demokratisch diskutiert werden. darüber mit euren Familien, Freunden, Kollegen und Bekannten, nennt die Schwächen und Risiken des Vertrages beim Namen. Und macht mit bei den Info-Ständen der PDS oder organisiert eigene Aktionen in den Wohnvierteln.

Siegfried Dilk

#### Volksabstimmung 5. Mai

#### Nicht hingehen nützt nichts!

- \* Sich informieren
- \* Stimmzettel genau le-
- \* Das Kreuz an die richtige Stelle!

#### Auskünfte am Info-Mobil der PDS

Freitag, 12.04.96

10.00 - 12.00 Uhr

Sandow Muskauer Str.

(vor Plus-KH)

14.00 - 16.00 Uhr

K.-Liebknecht-Str. (vor Horten)

16.30 - 18.00 Uhr

Ströbitz Schweriner Str.

(vor Kaiser)

Samstag, 13.04.96

10.00 - 12.00 Uhr Sachsendorf Marktplatz STB-Haltestelle, Gelsenkirchener Allee

Montag, 29.04.96

10.00 - 12.00 Uhr

Neu-Schmellwitz

(vor der KH Kaiser)

14.00 - 16.00 Uhr

STB Haltestelle Görlitzer Str./ Str. der Jugend (Fußgängerter-

16.30 - 18.00 Uhr

Sprem (1.n.d. Schloßkirche)

#### 1. Mai

3 Info-Stände der PDS vor der Stadthalle

Fraktion und Vorstand:

### Gemeinsam!

Am 11. März trafen sich Mitglieder des PDS-Stadtvorstandes und der PDS-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Cottbus zu einer gemeinsamen Beratung. Ziel war es, über unterschiedliche Auffassungen zu Einzelfragen hinweg die Aufgaben zu bestimmen, die in der kommenden Zeit abgestimmt und gemeinsam durch die PDS in Cottbus anzugehen sind. Zu kritisierende Probleme wurden beiderseits benannt, aber nicht in den Vordergrund gestellt. So kam eine konstruktive Diskussion zustande, in der eine Reihe von gemeinsamen Maßnahmen vereinbart wurde. Diese beziehen sich besonders auf die Abstimmung zur Arbeitsplanung im zweiten Halbiahr 96 und auf den Grundsatz, sich zwei- bis dreimal im Jahr zu wichtigen Aufgaben in gemeinsamer Runde zu beraten.

Als kurzfristige Maßnahme wurde die Vorbereitung auf die Volksabstimmung zum Neugliederungsstaatsvertrag vereinbart. Dazu ist eine "aktuelle Stunde" in der Stadtverordnetenversammlung am 24. April beantragt. Vorgesehen ist die gemeinsame Durchführung von Infoständen am 1. Mai vor der Stadthalle. Im Herbst sollen gemeinsame Aktionen zur "Kampagne für soziale Gerechtigkeit" vorbereitet werden.

Es geht die Bitte an die Adresse der BO, Vorschläge zur Mitarbeit erfahrener Genossinnen und Genossen in verschiedenen Fachbereichen für die Kommunalpolitik zu unterbreiten. Die Abgeordneten bekräftigten ihre Bereitschaft, bei Bedarf und nach rechtzeitiger Anforderung in den BO zu ihrer Tätigkeit Rede und Antwort zu stehen. Bleibt zu hoffen, daß die guten gemeinsamen Vorsätze in praktische Taten umgesetzt werden.

Siegfried Dilk

Schmellwitzer Erklärung

# Was wir wollen

Eine lebendige, politisch aktive Oppositionspartei, das wollen wir sein. Eine Partei, die sich auf ihre Tradition besinnt und ihr politisches Profil erneuert. Die aus Fehlern und mangelndem Demokratieverständnis lernt und das Gespräch mit dem Andersdenkenden sucht. In der nicht die Rede von "Oben" und "Unten" ist, sondern wo miteinander für politische Veränderungen in diesem Land gearbeitet wird. Die auch nicht nur dem Anschein nach destruktiv in ihrem Auftreten ist, sondern sich der politischen Situation und Verantwortung konstruktiv, mit Sachverstand und offensiv stellt.

Wir brauchen uns alle, die Jungen und Alten, den Erfahrenen und den Neuling, den Theoretiker und den Unzufriedenen, alle, die diese Gesellschaft für den arbeitenden Menschen, den schwachen und Behinderten verändern wollen.

Ist es denn so?

Wir haben Probleme und Sorgen, wenn wir die Entwicklung in unserem Stadtverband der PDS betrachten.

Es spitzen sich die sozialen Konflikte in unserem Land zu und wir stehen nicht in der ersten Reihe. Den ersten Auseinandersetzungen im sozialen Bereich sind wir ausgewichen. Wir wurden uns uneins im Handeln, im Verhältnis von Opposition und Verantwortung.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Probleme innerhalb des Vorstandes oder der Fraktion einer Lösung zuzuführen. Doch wir beurteilen das Erscheinungsbild, wie es auch der Wähler tut.

Glauben einige Mitglieder unser Partei denn wirklich, daß die Erneuerung innerhalb der Partei schon abgeschlossen ist? Da finden Basis und Vorstand nicht zueinander, wenn es um den 1. Mai geht. Es finden junge Menschen zur Partei, die trotz eigener Kreativität Unterstützung und Fürsorge brauchen. Da verwechselt man sachliche Kritik mit Stimmungsmache. Ergibt sich doch die Frage, wie aktiv ist es denn recht?

Keiner der Schmellwitzer Genossen unterschätzt die aktive, ja aufopferungsvolle Arbeit einiger Mitglieder des Vorstandes oder der Geschäftsstelle; und trotzdem wird die Zahl der aktiven Genossen nicht größer, die Mitgliederzahl von Jahr zu Jahr kleiner. Sollte es nicht erlaubt sein, sich ernsthaft darüber Gedanken zu machen und diese zu äußern?

Aus Schmellwitz kam bisher nicht nur Kritik, sondern viel Konstruktives. Denken wir nur an die Initiativen zur Seniorenarbeit, zum Entstehen des Herzblattes, an die jährlichen Maifeiern, Aktivitäten in der Jugend- und internationalen Arbeit, die Freundschaftsverträge nach Jicin und Montreuil und nicht zuletzt auch an die Initiative zum Infozentrum. Ja, wir sind dafür gelobt worden. Aber wir sehen auch die Probleme, auf die wir zusteuern, wes darum geht, auf die Straße zu gehen und künftige Wahlerfolge zu sichern.

Es ist nicht demokratisch, sich anzuschließen, wenn die Mehrheit nichts macht. Wir wollen die schöpferische Diskussion. Wer noch?

BO 34/35.

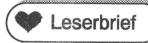
Mitgliederversammlung am 6. März 1996

#### Nachahmung erlaubt

Wenn privatisierte Betriebe im Osten volle Auftragsbücher haben, paßt das manchem nicht in den Kram. Da werden fix das Management auf den Kopf gestellt, finanzielle Transaktionen (auch ins eigene Töpfchen) organisiert - und ab in die Pleite!

Aber nicht überall. In manchen Unternehmen wie bei Kjellberg Finsterwalde haben die Mitarbeiter den unlauteren Boß weggeschickt, die Sache selbst die Hand genommen und so ihren Betrieb - hoffentlich - gerettet. Zur Nachahmung empfohlen!

G. Mahnhardt



"Ein eher Verlorenes Trüppchen?" titelte die LR den Bericht über die Protest-Demo der früheren Poco-Mitarbeiter gegen die unsozialen Machenschaften des Unternehmers Steinhoff. Ein Trüppchen? - Ja, dieser Betrieb, der von der Franz-Mehring-Straße nach Gallinchen umzog, jetzt vor dem Aus steht, hat eben nur ein paar Dutzend Mitarbeiter. Aber die waren gekommen und machten ihrer Empörung Luft. Und ihre Proteste gehen weiter! Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff steht an ihrer Seite. Auch ein offizieller Vertreter der Cottbuser SPD wurde über Mikrophon begrüßt...

# Verlorenes Trüppchen?

Im Dezember-Herzblatt war über ein Treffen der PDS-Stadtfraktion und des Stadtvorstandes zu lesen. Vorwürfe gab es, daß Abgeordnete zu wenig an Info-Ständen präsent sind, daß andererseits zu wenig PDS-Mitglieder an Stadtverordneten-Sitzungen teilnehmen, um ihrer Fraktion den Rücken zu stärken. Sicher ist es gut, wenn wir uns gegenseitig den Rücken stärken. Aber sollten wir nicht vor allem denen zur Seite stehen, die am Freitag gegen Manchester-Kapitalismus a'la Steinhoff auf die Straße gehen und am Montag gegen die unsoziale Personalpolitik der Stadtverwaltung protestieren?

Bei allem Harmonie-Bedürfnis, der Vor-

wurf muß Vorstand und Fraktion immer wieder gemacht werden, daß sie offenbar - diesmal in trauter Gemeinsamkeit - nicht begreifen, daß der Cottbuser "Vulkan" derzeit - wenn auch etwas kleiner als in Rostock und Wismar - beispielsweise in Gallinchen brodelt. Eine wohlgesonnene Berliner Journalistin fragte mich, als der SPD-Vertreter bei der Demo begrüßt wurde: "Und wo ist die Ostpartei, die sich besonders vehement für die Interessen der hiesigen Bevölkerung einsetzt?" - Diese Frage möchte ich nur einfach weiterreichen, ohne eine schöne Harmonie erneut stören zu wollen.

Wolfgang Herr

# PDS-Forum bestärkte unser NEIN zu diesem Fusionsvertrag, denn:







Viele Fragen aus der Menge



Dr. Peter Zotl

(Fotos: Friedrich Rudolph)

# Brandenburger Interessen bleiben auf der Strecke

Die Aula der Carl-Blechen-Schule war gerammelt voll, als sich am 4. März Interessierte aus ganz Cottbus auf Einladung der PDS-Basisorganisation von Sandow zu einem Forum über den vorliegenden Text des Staatsvertrages zur Fusion von Berlin und Brandenburg trafen. Sachkundige Gesprächspartner waren Wolfgang Thiel, Landesvorsitzender der PDS in Brandenburg, und Dr. Peter Zotl von der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Die von ihnen vorgebrachten Fakten und Argumente ergaben ein klares NEIN als einzig vernünftige Antwort bei der Volksabstimmung am 5. Mai. Diese guten Gründe wurden in der lebhaften Diskussion auf vielfältige Weise (vom Historiker, vom Lehrer, vom Bergmann, von der Rentnerin, vom Sorben) erhärtet. Hier die Kernaussagen:

- Der von Parlamentsmehrheiten in Berlin und Brandenburg abgesegnete Vertragstext zur Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes entspricht nicht den grundlegenden Interessen der Bürger, sondern ist eine Kopfgeburt von oben im Interesse der Mächtigen. Es darf kein zweites Mal wie 1990 erst blinden Vertrauensvorschuß und dann tiefe Enttäuschung geben. Deshalb ist demokratischer Widerstand dringend geboten.

- Dieser Vertrag löst keines der brennenden Probleme beider Länder. Er ist zu Sachthemen schwammig und unverbindlich. Geregelt ist nur, wer künftig abzockt und das Sagen hat. Heraus kommt eine erdrückende Dominanz Berlins, während die Brandenburger Interessen auf der Strecke bleiben, ob in Politik, Wirtschaft oder Kultur. Dr. Zotl erinnerte an einen Satz des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Diepgen, im Juni 1995: Nach der Fusion weitet sich der Einfluß Berlins bis an Oder und Neiße aus!

- Statt die Errungenschaften der Brandenburger als fortschrittlichste Länderverfassung für ein gemeinsames Bundesland zu sichern, werden diese preisgegeben. CDU-Politiker drängen darauf, u.a. solche Elemente der direkten Demokratie wie Volksbegehren und Volksentscheid zu streichen.

- Das Land Berlin ist derzeit mit etwa 34 Milliarden DM (etwa in Höhe eines Jahreshaushaltes) verschuldet. Für diese horrenden Schulden müssen auch die Brandenburger mit aufkommen. Was da für das flache Land und Randgruppen übrigbleibt, kann man sich vorstellen.

- Das Versprechen Stolpes und Diepgens, im vereinten Bundesland die Gehälter für den öffentlichen Dienst anzugleichen, ist reine Demagogie. Inzwischen haben die Vertreter der andren Bundesländer als Tarifgemeinschaft dagegen protestiert, weil dafür die Mittel fehlen. Die Ankündigung, man wolle nach der Fusion Personal im öffentlichen Dienst abbauen, geht eindeutig zu Lasten der Brandenburger. Denn die Berliner Beamten sind unkündbar und werden dann verstärkt alle wichtigen Posten in der Potsdamer Landesverwaltung besetzen.

- Für Brandenburg droht ein drastischer Kultur- und Sozialabbau durch Kürzungen an Mitteln und Stellen. Mittlerweile hat der Berliner CDU-Fraktionschef angekündigt, nach der Fusion "mit eisernem Besen so manche sozialistische Wärmestube aus(zu)fegen".

#### Richterliches Verständnis für Bedenken der PDS

Inzwischen hat das Landesverfassungsgericht Brandenburgs sein Urteil zur Klage der PDS-Landtagsfraktion gesprochen. Es hat zwar mehrheitlich die Klage abgewiesen und meinte, rein verfassungsrechtlich sei der Neugliederungsvertrag "mit der Landesverfassung vereinbar". Aber gleichzeitig konstatierte der Gerichtspräsident "ausdrückliches Verständnis für die Besorgnis, daß bei einer Fusion beider Länder ein verfassungsrechtliches Vakuum entstehen" kann. Weil der Abstimmungszettel in seiner jetzigen Form "sug-

gestive Beeinflussung von außen" ist, muß nun allen Stimmzetteln eine schriftliche "Klarstellung" beigelegt werden. Schöne Demokratie!

Im Grunde also hat die PDS mit ihren Bedenken recht. Selbst das Gericht spricht von einer "Abwicklung" des Landes Brandenburg und seiner Verfassung. Das ist nur noch mehr ein "Ansporn zum Nein am 5. Mai als Tag des Verfassungsplebiszits für Brandenburg", erklärte PDS-Vorsitzender Lothar Bisky.



# Re(h)kapituliert

# Frau Nolte antwortete, wie sie wollte

Zum Handwerk bundesdeutscher Regierungspolitik gehört es, auch auf nicht gestellte Fragen zu antworten und andererseits ungeliebten Themen so zu entgegnen, daß am Schluß niemand mehr weiß, worum es eigentlich ging. Daß Frau Nolte sich schnell mit diesen Gepflogenheiten vertraut gemacht hat, bewies sie kürzlich in einem Interview mit unserer größten Lausitzer Heimatzeitung.

Auf die Journalistenfrage "Ist Deutschland ein kinderfeindliches Land?" antwortete die Ministerin zunächst: "Wenn man sieht, mit wieviel Zuwendung sich Eltern um ihre Kinder kümmern, dann kann man nicht von Kinderfeindlichkeit sprechen."-Gefragt war doch aber nicht, ob deutsche Eltern kinderfeindlich sind, sondern wie die Rahmenbedingungen diesbezüglich in diesem Land sind. Und dafür ist doch die Politik zuständig? Oder?

Darauf kommt Frau Nolte ganz am Schluß und sehr verklausuliert: "Bedenklich ist, daß es im Alltag selten eine Rolle spielt, ob jemand Kinder erzieht oder nicht. Das schafft Konkurrenzvorteile, sei es auf dem Wohnungsmarkt oder in der Berufswelt. Damit liegt eine Art strukturelle Rücksichtslosigkeit vor." - So kann man sich winden, wenn man angesichts der Fakten eigentlich sagen müßte: "Ja, Deutschland ist ein kinderfeindliches Land." Oder ist es der für Frauen, Jugend, Familie und Senioren verantwortlichen Ministerin nicht bekannt, wieviel Kinder im reichen Deutschland in Armut leben müssen; daß die Frauenarbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie die der Männer (auch weil Frauen Kinder bekommen könnten!); daß kinderreiche Wohnungssuchende traditionsgemäß in der Bundesrepublik nahezu chancenlos bleiben; daß ...

Kaum hatte sich die sprachgewandte Ministerin um diese Antwort herumgeplaudert, mußte sie gleich einer noch weitaus unangenehmeren Frage ausweichen: "War die DDR kinderfreundlicher?"

Pfui! Kreuzspinne! Sind das Fragen!
Dabei wäre Frau Nolte nicht nur als Ministerin besonders kompetent, hier objektiv zu entgegnen. Sie ist ja in der DDR aufgewachsen und kennt im Gegensatz zu den meisten Bonner Weisen die Realität. Aber: Es kann nicht sein, was nicht sein



Blumen am 8. März für Schmellwitzerinnen

8. März 1996 im Neu Schmellwitzer Zentrum: Eine Blume von der PDS, ein Glückwunsch zum Frauentag, ein Herzblatt für jede der vorübergehenden Frauen. Die Männer mit dem Armvoll Blumen unterm PDS-Schirm gehören zur Basisgruppe 34/35, die das initiiert hatte. Die Frauen und Mädchen fanden's prima.

darf. Deshalb kein schlichtes Ja! Ein Nein würde wiederum unglaubhaft auf Ostdeutsche wirken, deshalb: "In der DDR gab es für die Betriebe einfach eine ganze Anzahl von staatlichen Auflagen... Das hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. In einer sozialen Marktwirtschaft ist ein Zugriff des Staates auf die Unternehmen so nicht möglich und auch nicht wünschenswert. Es muß da gelingen, Familien- und Kinderfreundlichkeit auf andere Weise und an anderer Stelle durchzusetzen."

Und das versucht Frau Nolte wohl genauso erfolgreich wie andere in Bonn - aber wahrscheinlich in absoluter Konspiration, denn zu verspüren ist es nicht. - Frau Nolte antwortete, wie sie wollte... Warum erinnert sie einen nur immer wieder an Wilhelm Busch? Weil ihr Name dem der Witwe Bolte so ähnelt? Weil sie äußerlich der Frommen Helene gleicht? Deren Onkel gar selbst Nolte heißt? Weil Wilhelm Busch in Wort und Bild gegen Verlogenheit und Heuchelei zu Felde zog? - Jedenfalls ließ der schon vor über 120 Jahren der Tante Nolte ihrer Helene folgenden Rat erteilen: "Drum soll ein Kind die Lehren der alten Leute hochverehren! Die haben alles hinter sich und sind, gottlob! recht tugendlich!" - Ob Herr Kohl weiß, wo die Zuneigung seiner jungen Ostministerin ihm gegenüber ihre Wurzeln hat?

#### An der Seite der Erzieherinnen

Die Initiativgruppe Kita's in Cottbus stellt sich an die Seite der Kita-Erzieherinnen, die - von Kündigungen bedroht - um sozialverträgliche Lösungen ringen. Die IG fordert u.a. von der Stadtverwaltung:

- Arbeitsplätze erhalten statt rigoros abbauen!
- Einführung der 38,5 Stunden-Woche für Stadtangestellte der Kernverwaltung
- Tarifvertrag zur Beschäftigungssich rung durch Arbeitszeitreduzierung in der Kernverwaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze für den Neueinsatz von Erzieherinnen.
- Qualifikationsmaßnahmen für ausscheidende Erzieherinnen und für ihren Neueinstieg in andere Berufe der Stadtverwaltung, auch für ihren Einsatz in der Kinder- und Jugendfreizeitbetreuung (auf Kosten der Kommune).
- Personal-Entwicklungskonzeption für Kita-Erzieherinnen.
- Abschluß einer Dienstvereinbarung zwischen den Gewerkschaften ÖTV, GEW, DAG und dem kommunalen Arbeitgeber (Oberbürgermeister) zur Förderung der Fluktuation mit Abfindungen, die über den Tarifvertrag hinausgehen. (Niveau von 1995 festschreiben) mindestens jedoch 10 15.000 DM. Die zugesicherten 3.000,- DM Sockelbetrag für ausscheidende Teilzeitbeschäftigte sind eine soziale Schande!



blatt - Magazin

### Sachsendorf / Madlow

Sachsendorf: 1783-85 als Kolonistendorf zur Ansiedlung von Tuchmachern, Wollspinnern und Leinewebern nach einer Verfügung Friedrich II. erbaut, Name abgeleitet von den ersten Siedlern, die aus den zu Sachsen gehörenden Nachbarorten kamen. Die später entstandene sorbische Bezeichnung Knorawa ist ein Spottname der Einheimischen für "Hungerleiderort".

Neubaugebiet (WK XIII) von 1975 bis 1985, in dem rund 12.000 Wohnungen für mehr als 35.000 Menschen entstanden sowie Kaufhallen, Schulen, Kindereinrichtungen, Gaststätten und eine Ambulanz, später ein Ärztehaus, das erst nach der Wende fertiggestellt wurde. Der östliche Teil des Neubaugebietes gehört zu Madlow, verbunden durch die Gelsenkirchener Allee (Leninallee), die mit 2,1 km zu den längsten, aber mit nur 8 Hausnummern zu den adressenärmsten Straßen der Großstadt gehört.



Zerschlagen, verfallen, ungeschützt - die ehemalige Kita "Vier Jahreszeiten" in der Lauchhammer-Straße. Sachbeschädigungen gab es 1995 auch im Garten der wohlgepflegten, intakten Kita "Sonnenschein" (unten). Wann handelt die Stadtverwaltung?

# Trend zum Ghetto neben ersten Wohnadressen

von Ulrich Neidhardt, PDS-Stadtverordneter

Über Sachsendorf zu schreiben, ist gar nicht so einfach, wenn man bedenkt, daß das Wohngebiet mit seinen über 30.000 Einwohnern etwa so groß ist wie die Kreisstadt Senftenberg. Naturgemäß erwachsen allein daraus alltägliche Probleme und Widersprüche.

Betrachtet man die Wohnsituation, so hat offenbar der Trend zur Ghettoisierung" (der mit dem neuen Belegungsbindungsgesetz vermieden werden soll) schon geraume Zeit eingesetzt. Neben "ersten Wohnadressen" - wie die privatisierten Wohnungen der GWC in der E.-Bloch-Straße und Chopinstraße oder der Wohnpark Hegelstraße - fristen vor



allem die 11geschossigen Plattenbauten nach wie vor ihr kümmerliches Dasein. So ist die Miete (einschließlich Betriebskosten) für unsere 4-Raum-Wohnung mittlerweile auf 780 DM geklettert, im Wohnblock und in den Wohnungen hat sich aber noch gar nichts zum Besseren gewendet.

Dafür richtet sich die Wohnungsverwaltung Sachsendorf der GWC ein schönes neues Domizil in der Dostojewskistraße her. Hat man als Mieter die Nase z.B. vom altehrwürdigen Anstrich des Treppenflurs voll, so darf man durchaus zur Selbsthilfe greifen, laut Auskunft der GWC natürlich auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko. Man wird aber den Gedanken nicht los, ob bei etwas weniger Aufwand für den neuen Verwaltungssitz nicht vielleicht doch ein paar Mark für die Erneuerung wenigstens einiger Treppenflure übrig geblieben wären. Offensichtlich braucht sich die GWC während der Umbauphase auch nicht an die Stadtordnung zu halten, zwischen 12 und 15 Uhr wurde munter gebohrt, gehämmert und anderweitig Lärm verursacht. Wäre eine Mitteilung an die betroffenen Mieter mit der Bitte um Verständnis zu viel verlangt?

Auffallend ist, daß eine ganze Reihe von Wohnungen über längere Zeit leer stehen, was sich angesichts der Wohnungssituation in Cottbus kaum erklären läßt. Ist es doch schon eine Frage der Miethöhe?

Spielt das teilweise wahrlich nicht einladende Umfeld (Sauberkeit) die entscheidende Rolle oder gibt es vor allem für 4-Raum-Wohnungen wirklich keinen Bedarf mehr? Man darf jedenfalls gespannt sein, wie sich das Belegungsbindungsgesetz auswirkt. Wie heißt es doch in der entsprechenden Verwaltungsvorschrift des Ministeriums: "Bei der Entscheidungsfindung über die Auswahl der (belegungsgebundenen - d. Verf.) Wohnungen sind die berechtigten Interessen der Wohnungsunternehmen mit einzubeziehen. Neben der Vermeidung einseitiger Mieterstrukturen ("Ghettobildung") sollen die konkreten Planungen der Unternehmen hinsichtlich der Wohnungsvergabe oder Privatisierung berücksichtigt werden."

Man darf Sachsendorf getrost als ein Gebiet mit gut entwickeltem Nahverkehr bezeichnen. Umso schmerzlicher ist es eigentlich, wenn sich früh und abends zu den Spitzenzeiten die PKW-Schlangen mühsam durch die Lipezker/Thiemstraße und die Madlower Hauptstraße quälen. Die neuen P+R-Parkplätze an der Lipezker Straße scheinen ganz und gar für die Katz errichtet worden zu sein. Attraktivität des ÖPNV heißt eben nicht nur neue Gleise, sondern attraktive Angebote als Alternative zum PKW. Ausdünnung von Bus- und Straßenbahnlinien hilft zwar erstmal sparen, bewirkt aber auf Dauer nur das Gegenteil.

Die Kinder mußten auch in diesem Super-Winter auf den Rodelberg verzichten, der als Ersatz für den der BP-Tankstelle zum Opfer gefallenen errichtet werden sollte. Aber die Kinder, die ihn damals opfern mußten, sind ja vielleicht heute schon aus dem Rodelalter heraus.













#### Trübe An(Aus)sichten

Viele Händler geben auf in Sachsendorf, der Konkurrent Lausitz-Park ist zu nahe. Dafür kommen Banken und Versicherungen. Dabei könnte, so meint PDS-Stadtverordneter Ülrich Neidhardt, die Gelsenkirchener Allee einschließlich des kleiner Marktes eine schöne "Einkaufsmeil. sein. Er empfiehlt der Stadtverwaltung, gemeinsam mit Händlern und Bewohnern zu überlegen, welche Rahmenbedingungen für ein pulsierendes Leben nötig sind. Fotos: Friedrich Rudolph

### Rückenwind für "Macht los"

Mit "Macht los e.V." wurde im Herbst 1990 ein Verein zur Unterstützung der Interessen Behinderter gegründet. Seiner Satzung entsprechend widmet sich Macht los e.V. u.a. der beruflichen und gesellschaftlichen Integration, dem Aufbau betreuter Wohnformen sowie Freizeitangeboten für Behinderte. Die Stadtverwaltung übergab dem Verein 1992 das ehemalige Russenmagazin in Sachsendorf zur Nutzung.

Ehe aber das "Haus Rückenwind" am 1. Dezember 1994 bezugsfertig war und das gleichnamige Projekt darin starten konnte, war eine umfassende Sanierung notwendig, die durch zahlreiche Sponsoren unterstützt wurde. Auch die Mitglieder des Freizeitclubs beteiligten sich aktiv an den Baumaßnahmen. Das neue Domizil von Macht los e.V. (Lipezker Str. 50; Tel. 58 32 12) beherbergt nunmehr neben dem Freizeitclub den Psychosozialen Dienst, eine Kontakt- und Beratungsstelle und eine Tagesstätte für psychisch Kranke und auch zwei Integrationsbetriebe (Fahrradladen/Werkstatt und Cafeteria). Für 5 Schwerbehinderte wurden hier Dauerarbeitsplätze geschaffen. Allerdings wünschten sie sich eine größere Resonanz bei der Sachsendorfer Bevölkerung. Steht doch Macht los e.V. für ein gemeinsames Miteinander von behinderten und nichtbehinderten Bürgern.

Sorgen bereitet dem Verein der Stadthaushalt 1996, mit dem nur der Bestand von 3 kommunalen Einrichtungen gesichert wäre. Andere mühsam aufgebaute Jugendhilfestrukturen drohen wieder zerstört zu werden. So formulierten es mehrere Träger der freien Jugendhilfe in einem Brief vom 27.02.96 an die Stadtverordneten, den Macht los e. V. mit unterzeichnete. Bei diesem Verein geht es vor allem darum, den Freizeitclub abzusichern. Deshalb der Appell an die Abgeordneten, für die Jugendarbeit Mittel in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen. Geschieht das nicht, ist zu befürchten, daß mögliche Konsequenzen dann in Polizeiberichten zu lesen oder beim Sozialamt zu erfahren sind.

René Lindenau

# Noch genug Probleme

Von Carmen Schaller. PDS-Stadtverordnete

In meinem Stadtviertel Sachsendorf gibt's noch genug Probleme. In der 'Wohnhilfe" Lipezker Straße sind Mietschuldner untergebracht. Traurig, daß zu den hoffentlich nur zeitweiligen Bewohnern (36 Frauen, 110 Männer) auch 26 Kinder gehören. Nach meinem zweiten Besuch dort habe ich beim Jugendamt vorgespro-



chen, damit die Kinder wenigstens ein Spielhaus bekommen. D. Jugendamtsleiterin Frau Giesecke gab mir eine Zusage. Sorgen bereitet auch der risikoreiche Schulweg in der Lipezker

Straße. Im Sozialausschuß wurde nicht nur einmal darüber gesprochen. Der Bauausschuß empfiehlt nun, in der Mitte der Straße eine Insel anzulegen, um das Überqueren zu erleichtern.

Stärker gefordert ist das Ordnungsamt in Sachsendorf. Die Hundesteuer wurde 1995 erhöht (Teile der PDS-Fraktion waren damals im Interesse der sozial Schwachen dagegen) - nun aber glauben wohl manche, das wäre ein Freibrief und lassen ihre Hunde ihr Geschäft überall verrichten, selbst auf dem Spielplatz. Das Ordnungsamt müßte schon mal Kontrollen machen, auch, ob jeder Steuer für seinen Hund zahlt. Und auch die zur Kasse bitten, die ,wie an der Hagenwerdaer Straße, auf Grünflächen parken, obwohl genug Platz auf der Straße ist.

Apropos Grün: Warum wurden die zu pflegenden Flächen so zerstückelt? Ein Stück reinigt die GWC, eins Bautec, eins Grünanlagen, und einer kann wohl mit dem anderen nicht.

(Sprechstunde:

16. April, 16.00 Uhr, Info-Zentrum PDS, Breitscheid-Straße 11)

# Was Cottbuser zum Fusionsvertrag meinen

#### Wie man's braucht

SPD-Landeschef Reiche sagte einen "gnadenlosen Wettbewerb" um Industrieund Gewerbeansiedlungen sowie um Fördermittel voraus, falls die Fusion zwischen Brandenburg und Berlin scheitert. (Und Herr Neisener verwies auf die Risiken eines Scheiterns am Beispiel des nicht vollzogenen Zusammenschlusses von Cottbus und dem Spree-Neiße-Kreis...) Dieser "gnadenlose Wettbewerb" gehe zu Lasten der Steuerzahler, erklären beide. Nun hieß es aber doch bisher, Konkurrenz sei die Seele vom Geschäft, will heißen, der sozialen freien Marktwirtschaft. Konkurrenz initiierte den innovativen Fortschritt und sei Voraussetzung für preisgünstigen Konsum. Sind obengenannte Prozesse davon ausgenommen? Und wenn ja, warum fusionieren dann nicht die anderen Bundesländer? Könnte man doch so auf einfache Weise heikle Wirtschaftsprobleme lösen... Wer's glaubt! Kapital braucht Konkurrenz, kennt keine Grenzen. Fusioniert oder nicht, das ist dem wurscht G. Mahnhardt

#### Wo ist das Gute?

Über die Sandower Veranstaltung zum Fusionsvertrag (siehe Seite 3), initiiert von der BO 26, berichtet auch Klaus Kaschke ausführlich: "Die Argumente prasselten nur so: Weder die Arbeitslosigkeit noch den 'Reformstau' der BRD würde der Vertrag beseitigen, dafür aber die fortschrittliche Brandenburger Landesverfassung" schreibt er u.a. und empfiehlt: "Wer mehr dazu hören möchte, kann im Infozentrum der PDS einen Videomitschnitt der Veranstaltung erwerben (22,50 DM). Dort findet man Antwort auf die Gretchenfrage: Was ist denn nun Gutes am Fusionsvertrag? Ich habe leider auch nichts dergleichen gefunden."

#### Zwiegespräch

Franz: De Fusion muß kommen. Schon weil de Regionalzüge aus Berlin wieder in Berlin enden.

Fritz: Hast ja recht. Das ist ja soo günstig, wenn se alle, alle mal Kultur genießen wollen - die aus Frankfurt, Cottbus, Neuruppin oder Wittstock...

Franz: Wie meensten das?

Fritz: Na hastés nich gehört? Dann gibt's doch nur noch eenen komplexen Kulturstandort - Groß-Berlin! Ruhe! Oma studiert die 64-

Seiten-Postwurfsendung zwecks Verwandlung von einer Brandenburgerin in eine Brandenburg-Berlinerin!

(Karikatur: Hänschen)



# In großer Sorge . . .

Frau Dr. Schiller, mit dem schönen, klassisch-germanischen Vornamen Etta, ist in großer Sorge: (Wer nicht?) Fusions-Flop wäre Blamage, national wie international! Wer oder was würde sich denn da wirklich blamieren? Die "Brautväter" Diepgen und Stolpe womöglich? Oder gar etwa die Bürgerinnen und Bürger der Länder Brandenburg und Berlin? Letztere mit Sicherheit nicht!

"Die Konsequenzen solchen Scheiterns wären katastrophal", sagte sie, die Präsidentin des Vereins "Pro Brandenburg" und Chefin der hiesigen Oberfinanzdirektion, kürzlich vor Vertretern der Presse. Also nicht nur Blamage, sondern sogar eine Katastrophe, wovon Frau Dr. Schiller zutiefst überzeugt ist, weil "Investoren" es "sich einmal mehr überlegen" werden, "ob Brandenburg der richtige Standort für sie ist." Brandenburg bliebe am Tropf des Bundes und verkäme zum Armenhaus Deutschlands.

Ist es nötig, die Investoren- und Standort-Keule zu schwingen, mit Tropf und Armenhaus zu drohen? Im Armenhaus sitzen wir doch schon. Es kann nur größer werden. Außerdem, Kapital ist doch grenzenlos, hat keine Nationalität, keine Heimat, kein Vaterland, ist also ein echter "vaterlandsloser Geselle!" Aber, unter bestimmten Umständen, ist es überall zuhause. Das "scheue Reh" kann man in diesem Fall vergessen.

Dr. Erich Lesciewitz BO 18/Sandow

# Was erwartet uns im gemeinsamen Land??

(s. ND vom 16./17.3.1996)

Für die CDU antwortet der Berliner Fraktionschef Klaus Landowsky, in Brandenburger Landen "mit dem eisernen Besen so manche sozialistische Wärmestube" auszufegen. Da kommt Freude auf...

Falls am 5. Mai eine Mehrheit für die Fusion von Berlin und Brandenburg stimmt - falls ?!?!

A. Jarolimek

Die Fusion beginnt bereits heute, die Kultur zu fressen. Das "Beste" am Staatsvertrag ist seine Präambel. Allerdings verspricht sie viel mehr, als der nachfolgende Text hält. Im Kapitel VIII, das einzelne Sachgebiete umfaßt, ist ein Sachgebiet Kultur nicht enthalten, obwohl Kultur nach dem föderativen Prinzip weitgehend Sache der Länderhoheit ist. Wenn's um Kultur geht, ist die "Kohle" meistens knapp. Warum eigentlich? Wieder einmal nachschlagen bei Goethe: "Wer Wissenschaft und Kunst fördert, bereitet grenzenlose Folgen vor. Aber: Wer der Dichtkunst Stimme nicht vernimmt, ist ein Barbar, er sei auch, wer er sei!" Und bei Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: "Es ist ... eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre, Spitzenleistungen in Wissenschaft und Kunst stärker zu fördern und auch anzuerkennen..." (Regierungserklärung am 23.11.1994)

G.Ma.

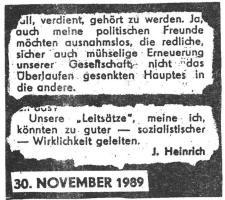


oder J.H.s "Sozialismus mit gütigbesänftigendem Klang"

Der Kommentator und Herausgeber J.H., der die Region zweimal jede Woche mit einem kostenlosen grünen Boten beglückt, hat immer mal wieder ein paar mehr abgeschmackte als schmückende Beiwörter für Politiker parat. Rexrodt ist ein "taktloser Politiker", Krenz ein "blutleerer Schmarotzer", Kohl und Lambsdorf sind "wohlbesoldete Herren", Kinkel ein "wurzelloser Liberal-Söldner", Ortleb ein Ausverkäufer", Gysi "Schlitzohr", Schabowski ein "SED-Terrier" und ein "Grimmgesicht" (das allerdings ist gut beobachtet!), und weil er's nun mal mit einer Hundesorte hat, ist Lafontaine "Der kleine, quicklebendige Terrier von der Saar, der peinlich neben dem wirklichen Leben steht". J.H. weiß eben alles, und er packt die Politiker an den Hosenbeinen, beißt sich wie ein Terrier fest. Die Hundezüchter haben dafür einen brauchbaren Begriff: Angstbeißer.

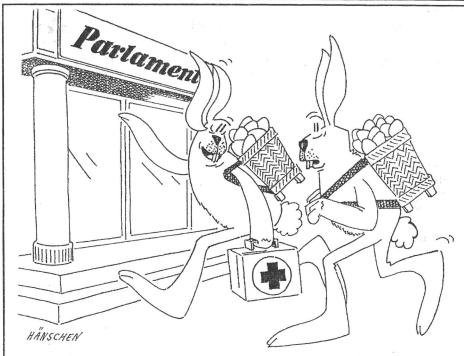
Denn J.H. beißt nur dorthin, wo er keinen Gegenangriff befürchten muß oder gar potentielle Anzeigenkunden verbellen könnte. Also sind hiesige frühere und heutige Regionspolitiker weitgehend ungebissen, sie könnten ja eine Firma gründen, die bei J.H. inseriert.

Der Mann hat sich auch als Anstifter und schlimmer Prophet versucht. In dem von



Aus: "Der Morgen"

ihm gegründeten und an mangelnder Leserschaft verendeten "Generalanzeiger" schrieb er am 18.09.1990 auf der ersten Seite: "Schreckliche Zustände deuten sich für die letzten Tage dieser Republik an... Es wird wohl noch Blut fließen". Gott und den DDR-Oberen sei Dank floß keins. Ein Jahr vorher, am 30.11.1989, hat er als Kommentator der Zeitung "Der Morgen" noch den besseren, friedlichen Sozialismus herbeigesehnt: "Unsere Leitsätze



Schwarz haßt rote Ostereier, für Rot und Grün sind schwarze Eier unerträglich und gelbe sind fast out...! Hier wird's wieder Krach geben!

(Karikatur: Hänschen)

(der LDPD), meine ich, könnten zu guter sozialistischer Wirklichkeit geleiten, "und "wenn man nun öfter 'Sozialismus' aus dem Munde von Stefan Heym hört, hat das Wort wahrhaftig einen anderen, einen gütig-besänftigenden Klang".

Fünf Jahre vorher hatte der Sozialist J.H. noch als Bezirksredakteur des "Morgen" in Cottbus tapfer und gleichklingend, wie der Nachrichten-Journalismus jener Jahre so klang, am 1.11.1985 "den Standpunkt der Liberaldemokraten als zuverlässige Bündnispartner der Partei der Arbeiterklasse" beschworen. Lang, lang ist's her, aber nicht für eine, die wie ich den "Morgen" noch besitzt.

Wie der Sozialismus-Freund J.H. seinen Idealen untreu wurde, das beschreibt er auch. Es muß in Westberlin gewesen sein: "... ich irrte im Advent 89 mit leeren Taschen über den Ku'damm und durchs KaDeWe,... fasziniert von soviel Reichtum... Wie das alles funktionieren mochte mit dem unglaublichen Überfluß an allem, war mir damals unbegreiflich und ist es zum Teil heute noch", schrieb der erstaunte J.H. am 2.12.1995.

Jetzt ist J.H., wie es scheint, parteilos, und so schreibt er, wie so viele deutsche Schreiber in der Vergangenheit, mal gegen rechts, mal gegen links, aber ein bißchen mehr gegen links, z.B. wiederum prophetisch und tiefsinnig seine PDS-Analyse vom 26.1.95: "Der PDS-Parteitag am Wochenende wird nicht mehr Stalinismus in der PDS offenbaren, als ohnehin bekannt ist". J.H. wird auch weiterhin nicht mehr Wende-Journalismus offenbaren, als ohnehin von ihm bekannt ist.

Elisabeth Schmidt



klingelten sich gestern fruh in der Cottbuser Lokalredaktion heiß. Aufgebrachte Leser, und nicht nur sie, beklagten die vielen Druckfehler in der Freitagsausgabe. Zu Recht. Durch einen technischen Fehler wurden die Korrekturen nicht ausgeführt. Die Redaktion bittet alle Leser um Nachsicht.

Ach, wenn's nur das wäre!

#### Kauderwelsch

"Aus Machbarkeitsgründen..." hätte sich Eberhard Sattler, Leiter des städtischen Hauptamtes, in der Stadtverordnetenversammlung am 27.03.1996 gewiß auch mit einem Wort aus dem deutschen Sprachschatz verständlich machen können!

"Pflichtig" war es sicherlich nicht, daß Bürgermeister Bernhard Neisener, überdies noch Lehrer von Beruf, im Bericht auf der Märztagung des Stadtparlaments mit der Wahl dieses scheußlichen Adjektives wohl in die finsterste Ecke seiner Rethorik-Kiste griff!



Zum Politfrühschoppen Ende Februar (unser Foto) schreibt E. Krause: "Daß sich Margot Theben, Siegfried Dilk (beide PDS) und OB Kleinschmidt (CDU) einig sind im Protest gegen die kommunalen Altschulden, akzeptiere ich. Aber Widerstand wünsche ich mir gegen die Versuche der Stadtoberen, Anteile kommunalen Eigentums zu versilbern. Wenn die Privatisierung auch in diesem Bereich marschiert, werden die Interessen der Stadtbewohner bald auf der Strecke bleiben." (Foto: Friedrich Rudolph)

Endlich ist es soweit!

#### Jetzt Osthilfe für den Westen

Ab 1997 ist es soweit: Es wird neu verteilt. Alldieweil es auch im Westen Gebiete geben soll mit gleich großen Problemen (nanu)? Zielgerichtet soll die Neuverteilung unterstützt werden durch Senkung der Lohnnebenkosten, z.B. keinen bezahlten Sonderurlaub mehr, weg mit Urlaubstagen für Umzug, Eheschließung und Jubelhochzeit, möglichst auch keine Jahressonderzahlungen usw. Laut Späth ist das Bündnis für Arbeit nicht realisierbar.

Meine Vorschläge: Kostensenkung durch Wegfall von Ministerabfindungen und Gehaltszahlungen bei gewolltem oder erzwungenem Rücktritt von Politikern auf Bundes-, Länder- oder kommunaler Ebene, 100%ige Versteuerung sogenannter Schmiergelder, Rückforderung von Subventionsgeldern, die in falsche Kanäle flossen, Stop für zusätzliche Diäten und Aufwandsentschädigungen. Öffentliche Bedienstete sollten den öffentlichen Nahverkehr benutzen und Bund und Länder auf unsinnige Werbekampagnen und protzige Neubauten verzichten. Das Altschuldenhilfe-Gesetz wird gestrichen. Weitere Vorschläge an Theo in Bonn.

Gerhard Mahnhardt

Wer schreibt, der bleibt. Wer kürzt, der würzt!

für das Stammbuch unserer Würzfee von einem Gekürzten

Solche computergefertigten Sticheleien flatterten dieser Tage in die Herzblatt-Redaktion. Die Kürzfee ist deprimiert - und kürzt weiter!

Es sei denn, ihr schreibt selber kurz, damit jeder, der will, zu Worte kommen kann. Das Herzblatt ist nun mal ein Mini, möchte seinen Lesern trotzdem Vielfalt bieten und Raum für Gedankenaustausch.

Viele Zuschriften liegen uns noch vor: von den Herzblatt-Lesern S. Knobelsdorf, H. Zimmermann, W. Didzuhn und G. Schmiedel zur Vereinigung KPD/SPD; zu weiteren Themen von S. Newiak, D. Sperling, G. Mahnhardt und anderen. Auszüge daraus in der nächsten Ausgabe!

Meine Anzeige:

**Abgelehnt** 

Und der 1. Mai fällt doch aus...

In der ersten Märzwoche wollte ich im "Neuen Deutschland" folgende vier Zeilen einer von mir bezahlten Anzeige unter der Rubrik "Denkzettel" publizieren:

"Beschluß? PDS-KV Cottbus -

1. Mai fällt aus.

Nicht genügend Genossen da, weil ein Genosse zuviel in der Stadt: Oskar Lafontaine kommt".

Aber so einfach war das nicht. Der Anzei-

genleiter des ND rief beim Geschäftsführer der PDS Cottbus an und fragte nach, ob man mich kenne und was man beim Vorstand von dieser Annonce halte, Man kannte mich und hielt nichts davon. Anzeigenleiter und Geschäftsführer einigten sich, meine Anzeige nicht drucken zu lassen. Dies erfuhr ich durch den freundlichen Anruf des Geschäftsstellenleiters... Nun erregt mich nicht die Ablehnung meiner bezahlten Anzeige, sondern die Art und Weise der Zensurnahme dieser. Wenn mit jedem "Denkzettel" im ND so verfahren wird, bin ich für dessen Abschaffung. Und wenn schon ein "lokaler" PDS-Geschäftsführer einen solchen Einfluß auf eine Zeitung hat, ob freiwillig oder gezwungen, weiß ich nicht, welchen Einfluß hat dann erst die Bundes- oder Landesebene der PDS auf das "Neue Deutschland"? Tatsache ist aber, daß der 1. Mai ausfällt (gemeint ist ein PDS-Fest auf Stadtebene. Die Red.) Für viele Tausende, die wie letztes Jahr und davor wieder mit der PDS ein Maifest mit Kunst, Politik und Kultur erleben wollten. Das alles nur, weil der DGB Oskar Lafontaine als Redner verpflichtet hat und der PDS-Vorstand befürchtet, er müßte allein feiern, weil alle Bürger von Cottbus dem neuen SPD-Vor-

Schade, und Bedauern von meiner Seite für diesen politischen Fehler des Vorstandes der PDS Cottbus. Da auch die Jahre davor belegen, daß trotz SPD-Prominenz beim 1. Mai das Fest der PDS gut besucht war. (Redet eigentlich ein Vertreter der PDS am 1. Mai auf der Kundgebung des DGB?)

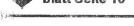
Jörg Hommel

#### **Deutsche Geschichte**

sitzenden lauschen werden.

Vor neuen Zeiten habe uns nie jemand ernsthaft gewarnt. Nicht vor Kaiser Wilhelm, nicht vor der Weimarer Republik, weder vor Hitler noch vor dem realen Sozialismus, klagen die Bürgerrechtler der Wendezeit.

War da aber nicht wenigstens jemand, der vor Kohl gewarnt hat? G.Ma.



# Altvertrautes wiederholen?

Streitbare Diskussion um Geschichtsverständnis mit Dr. Beetz

Beim gutbesuchten Podiumgespräch der AG Senioren im Info-Zentrum ging es um die Frage: "Warum Streit um Geschichte?". Mehrere Zwischenrufe zeigten recht bald, daß einige Genossen nicht willens waren, dem Referenten seine Thesen abzunehmen. Dr. Rüdiger Beetz, heute Geschäftsführer des Brandenburger Vereins für Politische Bildung "Rosa Luxemburg", zu DDR-Zeiten 15 Jahre als Lehrer der Pädagogischen Hochschule Potsdam tätig, versuchte an einigen markanten Beispielen heutiges Grundverständnis der PDS zur deutschen Geschichte zu demonstrieren.

Alle im Raum gingen noch mit der Feststellung mit, daß keine andere heutige Partei sich so intensiv mit der Geschichte, zumal der eigenen, befaßt wie die PDS.

#### Dr. Beetz' Versuch einer Stalinismus-Definition:

Stalinismus ist ein gesellschaftliches System der Herrschaft des Parteiapparates über Partei, Staat und Volk ohne garantierte Bürgerrechte für den Einzelnen

Beispiele für die Geschichtsverdrängung anderer Parteien seien z.B. das (rechtlich noch gültige!) Ahlener Programm der CDU, das die Überwindung der Macht des Kapitals forderte, oder die gültige SPD-Auffassung, Noske sei ein ehrenwerter Mann (der inzwischen nachweislich das ihm bekannte Mordkomplott an Liebknecht und Luxemburg duldete).

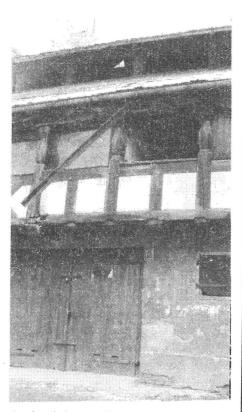
Nicht mitgehen wollten einige Zuhörer mit Beetz' These, daß persönliche Erlebnisse nicht ausreichen, ein objektives Geschichtsbild zu gewinnen. "Wenn man aus dem persönlichen Erleben der meisten Deutschen zur Nazizeit urteilen wollte. dann würden KZ völlig fehlen", argumentierte Beetz. Übertragen auf die aktuelle Debatte zur Vereinigung von SPD und KPD wollte das mancher nicht wahrhaben: in der persönlichen Erinnerung fehlte im Vereinigungsprozeß jeglicher Zwang völlig, und das war gewiß ehrlich und im einzelnen völlig richtig. Beetz meinte: Zwangsvereinigung sei genauso falsch wie Verschmelzung. Persönliche Erfahrungen seien wichtig, aber eben nicht alles. Zur Geschichtsbetrachtung gehören auch die nationalen und internationalen Verhältnisse, Einflüsse, Entscheidungen. Hintergründe, Dokumente. Den Einfluß der Besatzungsmächte gab's in allen Zonen. Noch sei vieles im dunklen, denn sowohl das Archiv des Ostbüros der SPD wie auch das Moskauer Archiv der

SMAD seien den Historikern noch nicht zugänglich. Dennoch müsse man von den heutigen Erkenntnissen ausgehend alle Tatsachen zur Kenntnis nehmen, nicht nur die liebgewonnenen.

Manfred Brenner, langjähriger Vorsitzender der Bezirksrevisionskommission der SED-Bezirksleitung, nannte als einziger an diesem Nachmittag eine nicht althergebrachte Schlußfolgerung: "Der schlimmste Fehler in unserer Partei, der SED, war wohl dieses Vorhut-Denken, diese These von der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse, und wer Arbeiterklasse war, bestimmte die Partei".

Das zu ändern trat die PDS/SED an, meinte Manfred Brenner, und deren Gründer seien wirkliche Pioniere. Der erfahrene Genosse hatte fast am Ende der Debatte auch das Fragen, wo so viele immer wieder rasche Antworten wußten und wissen, nicht verlernt:

"Wird's noch einmal etwas geben, was Sinn hat?"



Auch eine Art Vergangenheitsbewältigung: In Cotbus droht einem so mancher Balken der Geschichte auf den Kopf zu fallen. Für die Restaurierung der alten Gerberhäuser an der Spree ist kein Geld da.

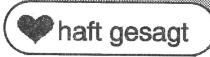
Foto: Friedrich Rudolph

# Nur keinen Streit vermeiden

Oder: Warum ich Mitglied der SED wurde

Streit ist immer gut, wenn er die Stufen der Erkenntnis erklimmen hilft. Manchmal geht's recht asthmatisch zu, vor allem, wenn alte Herren und hochdotierte Wissenschaftler sich die Haare raufen, wer nun eigentlich schuldig ist, daß die SED durch Zwangsvereinigung entstanden ist. Die "Kleinen" werden dabei oft übersehen.

Ich war 19, als der Krieg sein Leben aushauchte. Endlich. Aber wieder ging's ums Überleben. Vor allem in der Großstadt



oder nahe dabei. Juni 45 setzte ich mei Lehre nach zweijähriger Kriegsteilnahme fort. Eine Ausstellung im Leipziger Neuen Rathaus und erste Filmberichte über die Konzentrationslager erschütterten mich sehr und machten nachdenklich. Menschen wie Fritz Austel, die diese Hölle überlebt hatten, halfen beim Prozeß der Erkenntnis. Keiner von uns jungen Menschen wurde dabei bevormundet, eher zur Mitarbeit ermuntert. Viele Berufskollegen entschieden sich auch zu politischer Mitarbeit in der LDPS, CDU und später der NDPD. 1948 sprach ich darüber mit meinem Vater, Jahrgang 01, parteilos. "Großer", sagte er, "wenn du dich schon organisieren willst, dann kommt nur die Arbeiterpartei infrage. Erst recht heute, nachdem die unselige Spaltung der Arbeiter überwunden ist.

Meine Entscheidung wurde mir erleichtert, als ich eine Gewerkschaftsschule besuchte und die Ortsorganisation der SI absolut nichts dagegen hatte, daß Parterlose an Vorstandssitzungen und Versammlungen teilnahmen. Haben die sich damals beharkt im Streit um die Überwindung der Alltagssorgen im dritten Nachkriegsjahr! Und sind sich doch oder vielleicht gerade deshalb über Ziele und Wege einig geworden. Politische, wirtschaftliche und soziale Aktionen zur Überwindung der schier unendlich großen Nachkriegsnot prägten das solidarische Miteinander in den Orts- und Betriebsgruppen. Ab 1948 gehörte ich dazu. Keiner hat bei uns damals Mitarbeit und Vertrauen davon abhängig gemacht, ob du zuvor Mitglied der KPD, der SPD oder parteilos warst, ob Soldat oder Hitlerjunge. Gefragt wurde, ob du bereit bist, die uns hinterlassene Sch... gemeinsam end-lich wegzuräumen. Das fand auch meine Zustimmung. Im Streit über die "Schuld" sollten diese Erfahrungen der Kleinen nicht übersehen werden. Wir meinten es ehrlich. G. Mahnhardt

Vom 1. bis 9. März fand in Cottbus die 6. Brandenburger Frauenwoche unter dem Leitthema Frauengesundheit statt. In den Veranstaltungen der verschiedenen in Cottbus wirkenden Selbsthilfegruppen (z.B. für Alleinerziehende oder Gruppen, die Süchte bekämpfen) und im Rahmen des von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Forums "Männermacht Medizin" wurde deutlich, daß viele Krankheiten, Beschwerden, ja Süchte von Frauen durch die sozialen Verhältnisse wie Arbeitslosigkeit, Vereinsamung, Verlust von Lebensgefühl einerseits, durch Werbung vermittelte Idole andererseits hervorgerufen werden. Ein natürliches Lebensgefühl lassen umsatzsüchtige Konzerne kaum zu. Daneben gab es kulturelle Höhepunkte, u.a. eine Lesung mit Kirsten Steineckert.

# Offenes Gespräch in Cottbus mit 31 Frauen aus Jicin



Zum Abschluß der Frauenwoche begrüßten wir 31 Frauen aus Jicin, die über die Partnerschaft der PDS Cottbus mit der KSCM Jicin Kontakt zu Frauen in Cottbus suchten. Nach einer Stadtrundfahrt wurden die tschechischen Frauen herzlich im Frauenzentrum Thiemstraße 55 begrüßt. Petra Hofmann und Clarissa Kayser berichteten über die Entstehungsgeschichte des Frauenzentrums mit der politischen Wende. Sie schilderten den permanenten Kampf um den Erhalt des Hauses, erläu-

Miteinander

terten, daß das Frauenzentrum das Ziel verfolgt, den besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen in Cottbus auf vielfältige Weise Netz und Heimstatt zu sein. Es werden Kurse organisiert, die Frauen motiviert, Talente gefördert. Schließlich ist das Zentrum selbst Arbeitgeber auf Zeit (ABM).

Im offenen Gespräch, bei dem auch Abgeordnete von FDP, PDS und Frauenliste zugegen waren, schilderte die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Sabine Hiekel die Veränderung der sozialen Lage der Cottbuser Frauen seit der Wende, berichtete über den Kampf engagierter Frauen um die praktische Gleichstellung (Frauenliste, Frauen als Fraktionsvorsitzende). Besonders interessierten sich die Jiciner Frauen dafür, wie die Cottbuserinnen mit der Last der Arbeitslosigkeit zurechtkommen. Betroffen machte die Aussage einer Frau in den Mittfünfzigern, die die Arbeitslosigkeit für sich vor allem als psychisches Problem empfindet: nach jahrzehntelangem Gebrauchtwerden über Nacht ausgestoßen zu sein, obwohl noch voll leistungsfähig...

PDS-Stadtverordnete Karin Kühl wertete das Kopfnicken ringsum als Erkenntnis, daß diese Probleme weder deutsch noch tschechisch oder französisch sind, sondern international, der kapitalistischen Gesellschaft innewohnend. Darum bleibt der internationale Frauentag so wichtig, damit sich Frauen solidarisieren und gemeinsam ihre Rechte einfordern.

Dem Frauenzentrum mit Petra Hofmann und Clarissa Kayser dankt die AG Polittourismus herzlich für die große Hilfe bei der Gestaltung des Aufenthaltes der Jiciner Frauen in Cottbus.

Sonja Newiak

**AG** Polittourismus informiert

# Politcamp 96

Mehr als 100 deutsche Teilnehmer

Letzter Buchungstermin zur Teilnahme am diesjährigen Politcamp (16.-19. Mai) ist der 1. Mai. Nun schon zum vierten Mal treffen sich Mitglieder der KSCM und der PDS bei zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionsrunden im Grünen, um über ihre politische Arbeit zu sprechen und sich zu erholen. Schon frühzeitig haben sich dieses Jahr viele Mitglieder und Freunde ihre Teilnahme gesichert.

Ein neuer Ort im Landkreis Jicin und ein abwechslungsreiches Programm - da bleiben kaum Wünsche offen. Sehr erfreulich ist das Interesse des Landesvorstandes der PDS Brandenburg. Am 19. Mai werden Landesvorsitzender Wolfgang Thiel und Geschäftsführer Bernd Schulz sowie Mitglieder der KSCM aus Prag an den Veranstaltungen teilnehmen. Auch Nina Hagen (DKP) und Ellen Brombacher (KPF der PDS) kommen. Hauptanliegen des Camps sind die Begegnung von Gleichgesinnten, der Erfahrungsaustausch ohne Referat und Vorgaben im Grünen, auch bei tschechischem Bier, beim Wandern oder am Lagerfeuer.

Mit der Unterstützung vieler tschechischer Genossen wurde das Programm organisiert: der Besuch einer Brauerei am Männertag, ein Tanzabend mit böhmischer Blasmusik, ein Auftritt des Kinderensembles "Cesky Raj", Disko und Fahrten in den Tierpark Dvur Kralove oder zur Burg Pecka. Unser Info-TV-Studio aus Cottbus will einen Videofilm produzieren, der an die über 60jährige Tradition der Freundschaft zwischen tschechischen und deutschen Genossen anknüpft. Wer Lust auf Pinsel und Farbe hat, dem hilft der Landschaftsmaler Karl Soltis, selbst ein Bild zu malen - oder man erwirbt eins beim Meister.

Wer noch mitmachen will: schriftlich an AG Polittourismus der PDS, Breitscheid-Str. 11, oder Tel. 0355/861017; am besten abends, denn wir sind kein Reisebüro.

H.-Peter Schömmel

Landes-AG
Internationale Arbeit lädt ein:
Großkundgebung
der europäischen Linken,
11. Mai in Paris, gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.
Reisebus/1 U/ 150 DM
Anmeldung AG Polittourismus,
Donnerstag 15.00 - 19.00 Uhr, Info-

Zentrum der PDS, Breitscheid-Str. 11.



#### Anfrage an den Sender JEREWAN:

Gibt es Unterschiede zwischen Kanzler Bismarck und Kanzler Kohl?

Antwort: Doch - Kanzler Bismarck fürchtete den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Wähler und reagierte darauf mit Sozialgesetzen (u.a. Rentenversicherung).

Kanzler Kohl fürchtet die SPD nicht, deshalb die Attacken auf Gehälter, Löhne und Renten. Die Rentner werden das ab 1. Juli an der "Erhöhung" von 0,4% deutlich spüren.

Wie stand auf den großen Regierungsplakaten 1991/92 zu lesen? "Die Renten wachsen mit!"

Kanzler Bismarck sagte einst, daß niemals so unverschämt gelogen wird wie vor den Wahlen und nach der Jagd... Daran sollten die RentnerInnen denken, auch wenn die nächsten Wahlen erst in einigen Jahren stattfinden. Johannes Gottfried

#### Wo wird die Musik gemacht?

Es gibt tatsächlich Leute, die reden von Siegerjustiz oder gar Besatzermanier... Darauf antwortet die Kultur.

Machen Sie doch den Versuch und fragen Sie in einschlägigen Geschäften aller Art nach Volksmusik aus dem Erzgebirge, aus Thüringen oder aus dem Vogtland. Es gibt weder Cassetten noch CDs. Dafür zahlreiche Angebote aus allen Winkeln des Zillertals, Alpenländler mit und ohne Jodeln...

Wer da noch immer nicht begreift, wo die Musik gemacht wird, kann einem leidtun!

#### Bär und Adler

Das "reiche" Berlin und den märkischen Sand will man jetzt zwangsvereinen, dann sind sie bald abgebrannt.

Fliehe hoch, du roter Adler, sonst greift dich des Bären Hand. Laß Stolpe und Diepgen doch wandern bloß nicht durch's märkische Land.

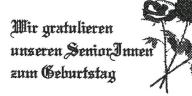
Läßt beide frei du planen, überkommt mich böses Ahnen. Der eine schwarz/grau und der and re rot/schlapp, dann ist auch bald der Sand wieder knapp.

k.f.



Ein Tag nach der Ehrung für Karl und Rosa: Vandalen am Werke! Alle Blumen wurden heruntergerissen und zertreten - ist das die vielgerühmte Toleranz?

Foto: Friedrich Rudolph



Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren im Monat April: zum 85. Geburtstag Gertraude Büttner; zum 84. Hildegard Müller, Bernhard Pischon; zum 83. Johanna Schulze; zum 82. Gerhard Rösler; zum 81. Irmgard Dishur, zum 75. Helmut Wulff, Alfred Baudach, Waltraut Plößl, Elli Walde, Michael Zackel; zum 70. Paul Beichelt, Elisabeth Vogel, Ernst Wagner, Irene Gindl; zum 65. Gertraud Weber, Hermann Franzke, Manfred Heinig; zum 60. Brigitte Marschalek, Heinz Meyer, Herbert Greiner-Bär, Helmut Lobermeier, Waldemar Schweitzer.

#### Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk Herausgeber: Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Stadtvorstandes, 03046 Cottbus

# Ankreuzen



#### Termine im April/Mai

Stadtvorstandssitzungen:

24.04.96 und 08.05.96

jeweils ab 17.00 Uhr Geschäftsstelle PDS

Stadtaktivtagung: Mittwoch, 15. Mai 18.00 Uhr - 21.00 Uhr Bonnaskenplatz

#### Veranstaltungen:

Politfrühschoppen

21.04.96 zum Thema "Vereinigung von KPD und SPD"

12.05.96 "Die PDS-Abgeordneten der SVV Cottbus legen Rechenschaft über ihre Arbeit'

jeweils ab 10.00 Uhr Tanzsaal Fritsche

Kranzniederlegung 21.04.96, 10.00 Uhr an der Gedenkstätte Sachsenhausen

Arbeitsgruppe Theorie 23.04.96, 18.00 Uhr Info-Zentrum

Tanzveranstaltung

30. April ab 19.00 Uhr Brandenburger Hof "Auf roten Socken in den Mai" mit E. Kühlow

1. Mai - Wohngebietsfeier

in Neu-Schmellwitz (Freigelände zwischen Kaiser und Telekom)

ab 11.00 Uhr Mittagessen aus der Gulaschkanone.

13.00 - 18.00 Uhr

Tschechische Blasmusik. Kinderprogramm mit Spaß und Überraschungen Teilprogramm Kindermusikal; Musikschule Fröhlich Tanzschule Hartnick, Kindertanzgruppe Asylbewerberheim, Ringerverband

Mit Unterstützung der Werbegemeinschaft "Zuschka".

Info-Tour und Infostände zur Abstimmung über Fusionsvertrag am 5. Mai (siehe Hinweise Seite 1)

Kranzniederlegungen am 8. Mai

#### Frauenstammtisch:

09. Mai 14.30 Uhr Info-Zentrum Stadtvorstand Thema: "Sozial und solidarisch" für eine soziale Grundsicherung

Für die bekundete Anteilnahme zum Tod des Genossen Karl Schömmel möchten wir besonders der BO 35 Dank sagen.

Moni und Peter

#### Redaktionsschluß:

Für die nächste Ausgabe 23.04.96

Nächste Ausgabe



- blatt lesen